

INHALT

Ist der Kreis reif für den Wolf?	SEITE 3
Problemlast mit Potenzial: Grubenwasser	SEITE 2
Teuto muss bleiben	SEITE 2
Demokratie: kein Selbstläufer	SEITE 4

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

KREISTAGSFRAKTION STEINFURT



LEBENSÄRÄUME ERHALTEN

STELLUNGNAHME ZUM HAUSHALTSENTWURF 2022

"Wir werden trotz einiger Skepsis heute dem Haushalt und dem Stellenplan zustimmen, das sei vorab gesagt. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir alle Punkte gutheißen, die sich in Stellenplan und Haushalt wiederfinden", erklärten im Dezember 2021 Elke Schuchtmann-Fehmer und Jan-Philip Zimmermann als Fraktionssprecher-Team der KREISTAGSFRAKTIONS B90/DIE GRÜNE (KTF) zum Haushalts- und Stellenplanentwurf 2022 des Kreises Steinfurt. Besonders vermisst die Fraktion: die Themen Gesunde Ernährung und Bauen & Wohnen.

Wir müssen rasch und schnell lernen, über unsere Tellerränder zu schauen und Klimaschutz und Teilhabe als Querschnittsaufgabe verstehen, auf regionaler und globaler Ebene. Nicht der Hebesatz, sondern der konsequente Erhalt unserer Lebensräume sollte die Richtschnur sein. Biodiversität, Artenvielfalt und die Qualität unserer Gewässer müssen verbessert und erhalten werden. Ganz konkret wird die KTF weiter dafür kämpfen, den Kalkabbau und die fortschreitende Zerstörung des Teutoburger Waldes zu stoppen. Dazu gehört auch, keine weiteren Millionen in FMO und überflüssigen Straßenbau versenken, sondern werden uns noch intensiver für bessere, alltagstaugliche Radwegenetze und ÖPNV-Angebote einsetzen. Die Qualifizierung der Naturschutzwächter kann weitergehen. Und was der KTF in diesem Jahr ganz besonders am Herzen liegt, ist die Unterstützung der Familien, der Kinder und Jugendlichen. Wir sind heilfroh, dass wir durch unsere Anträge erreichen konnten, dass auch in Zukunft Bildung- und Teilhabe-Lotsen an Grundschulen tätig sein werden und die Alltagshelfer*innen in den Kindertageseinrichtungen für die nächsten beiden Kita-Jahre weiter finanziert werden.

#STAND WITH UKRAINE

PUTINS ANGRIFFSKRIEG ERZEUGT MILLIONENFACHES LEID IN EUROPA

"Wer die Gewalt als seine Methode proklamiert hat, muss die Lüge zu seinem Prinzip machen", schrieb einst der russische Dissident und Literaturnobelpreisträger Alexander Issajewitsch Solschenytsin. Angst und Schrecken beherrschen Millionen Menschen auf der Flucht aus der Ukraine und vor Tod und unerträglichem Leid. Die Lügen der Aggressoren sind seither ihre und unsere täglichen Begleiter. Wir sind mit unserem Herzen bei den Menschen in der Ukraine und den Freiheitsliebenden in Russland. Mutige Menschen kämpfen dort für demokratische Werte, die uns in die Wiege gelegt worden sind. Dieser Krieg soll nach dem Wunsch des russischen Präsidenten Putin vor allem eines zerstören: Die Hoffnung der Menschen in der Ukraine und Russland, die an die Herrschaft des Rechts und nicht an das Recht des Stärkeren glauben. Wir teilen diesen Glauben und die Hoffnung, dass dieser schreckliche Krieg schnell beendet wird.

GRUBENWASSER: PROBLEMLAST MIT POTENZIAL

FRAGEN AN DEN LANDRAT ZU RAG-EWIGKEITSAUFGABEN IN IBBENBÜREN

2018 endete im Bergwerk Ibbenbüren die Kohleförderung. Mit Genehmigung des Abschlussbetriebsplanes 2021 wurden die Pumpen für die Wasserhaltung abgeschaltet und die Schächte verfüllt. Seitdem steigt das Wasser in der Grube an. „Das Grubenwasser ist eine Herausforderung, mit der sich auch nachfolgende Generationen noch beschäftigen werden“, weiß Siegfried Michelt von der Kreistagsfraktion B90/Die Grünen um die sogenannten Ewigkeitsaufgaben der RAG Stiftung. Auch unter der Erde gilt:

„Wir haben diesen Planeten von unseren Kindern nur geliehen.“
 Bis in die 1980er Jahre wurden im Bergbau (Polychlorierte Biphenyle) PCB vor allem in Transformatoren, elektrischen Kondensatoren und als Hydraulikflüssigkeit in Hydraulikanlagen eingesetzt. Diese Stoffe haben in natürlichen Gewässern und im Trinkwasser schon gar nichts zu suchen. Doch neben Umweltrisiken bringt Grubenwasser auch etwas Kostbares mit an die Oberfläche: Wärme.

Zwischen März 2023 und September 2024 soll das Grubenwasser am Standort Ibbenbüren 63 Meter über Normalnull erreichen, um dann über den bis dahin fertig gestellten Grubenwasserkanal der in großen Teilen neu erstellten Kläranlage in Gravenhorst zugeführt zu werden. So wurde es im Kreisumweltausschuss im Dezember 2020 mitgeteilt. „Wir werden das weitere Verfahren jetzt sehr genau und kritisch verfolgen“, erklärt unsere Landtagswahlkandidatin Silke Wellmeier.



Die Lichter sind schon länger aus: Mit Genehmigung des Abschlussbetriebsplanes 2021 wurden die Pumpen für die Wasserhaltung abgeschaltet. Symbolfoto

“

WIR WERDEN DAS WEITERE VERFAHREN JETZT SEHR GENAU UND KRITISCH VERFOLGEN

LANDTAGSKANDIDATIN SILKE WELLMEIER

Bezüglich Chancen und Risiken hat die Kreistagsfraktion B90/Die Grünen daher einen Fragenkatalog an die Kreisverwaltung adressiert. Neben dem aktuellen Stand beim Grubenwasseranstieg interessiert uns in diesem Zusammenhang besonders die konkrete Zusammensetzung des Grubenwassers. Außerdem möchte wir wissen, wie das thermische Potential des Grubenwassers eingeschätzt wird und ob es seitens der Kreisverwaltung Erkenntnisse über eine energetische Nutzung gibt.

TEUTO MUSS BLEIBEN

JETZT FÜR DEN ERHALT DER NATUR UNTERSCHREIBEN

Ein schwarzer Tag für den Teuto: Die Bezirksregierung Münster hat am 16.11.21 genehmigt, dass die Firma Buzzi/Dyckerhoff GmbH nunmehr ganz ohne jede zeitliche Beschränkung im Steinbruch Lengerich-Hohne Kalk abbauen darf. Die Genehmigung zum Kalkabbau war bisher in dem beantragten Teilbereich bis Februar 2027 zeitlich befristet. Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt die Kritik der Naturschutzverbände, dass die Bezirksregierung vom Konzern keinen neuen Abbauantrag gefordert hat. Bei einem solchen Neuantrag hätten die Auswirkungen des Kalkabbaus auf das NATURA 2000/FFH Gebiet nach strengen europäischen Regeln umfassend geprüft werden müssen, da das Gebiet seit 2004 unter besonderem europäischen Schutz steht. Fest steht außerdem: Diese Entscheidung der Bezirksregierung steht in starkem Widerspruch zu den dringendsten Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes. Die Buzzi/Dyckerhoff GmbH hat nur einen Änderungsantrag mit der Folge gestellt, dass ohne umfassende FFH Verträglichkeitsprüfung die alte Genehmigung aus 1999 einfach entfristet wurde.

Der seit 2004 geltende besondere Schutzstatus des FFH Gebietes war kein Hindernis für die Bezirksregierung, die alte Genehmigung fortzuschreiben. Die Initiative Pro Teuto geht deshalb davon aus, dass der von der Bezirksregierung verwendete Prüfmaßstab gegen geltendes EU-Recht verstößt und damit die rechtlichen Voraussetzungen für einen Änderungsantrag gar nicht vorlagen. Mit der aktuellen Entscheidung der Bezirksregierung wurde eine wesentliche Ausstiegsschance verpasst, die extrem CO₂-intensive Zementproduktion mitten in Lengerich zeitlich zu beschränken oder sogar langfristig auslaufen zu lassen. Im Amtsblatt 06/2022 vom 18. Februar 2022 hat der Kreis Steinfurt die Verschiebung des möglichen Erörterungstermins im Verfahren Entfristung Abbaugenehmigung im Steinbruch Höste bekannt gegeben: der für den 20. und 21. April 2022 bestimmte Erörterungstermin ist aufgehoben und zeitlich auf den 11. Mai 2022, 10 Uhr verlegt worden. Sofern erforderlich, wird der Erörterungstermin am Folgetag ab 10 Uhr fortgeführt. Der Ort des Erörterungstermins bleibt unverändert: Gempthalle, Gemptplatz 1, 49525 Lengerich.



➔ [Hier geht's zur PETITON](#)

LOTSEN ERMÖGLICHEN WEITER BILDUNG UND TEILHABE AN GRUNDSCHULEN

FRAKTION SORGT FÜR LÜCKENLOSE FORTSETZUNG DER UNTERSTÜTZUNG

Kinder haben das Recht auf Bildung und Teilhabe. Bildung bedeutet lernen. Teilhabe bedeutet mitmachen, zum Beispiel in der Freizeit, beim Mittag-Essen in der Schule, bei Musik, im Sport-Verein, beim Ausflug vom Kindergarten. Kein Kind soll ausgeschlossen bleiben, weil die finanziellen Möglichkeiten im Elternhaus nicht vorhanden sind.

Aber nicht alle Eltern von Grundschulkindern wissen, wo und wie sie Unterstützung bekommen. Durch die Änderungen im Erlass zu den Finanzierungsmodalitäten der Leistungen für Bildung-und-Teilhabe (BuT) drohten zum Ende des Jahres 2021 im Kreis Steinfurt die Gelder für die BuT-Lotsen an Grundschulen zu entfallen.

Die KREISTAGSFRAKTION B90/ DIE GRÜNEN stellte erfolgreich einen Antrag, dieses Angebot unbedingt weiterzuführen. Im Zuge des Regierungswechsels und den ggf. damit verbundenen Entscheidungen (etwa Kindergrundsicherung) kann es sein, dass diese Leistungen in Höhe von jährlich ca. 300.000 Euro künftig entfallen können.

GRÜNE POLITIK FÜR KINDER, JUGENDLICHE UND FAMILIEN GUT VERNETZT

Die Zusammenarbeit aller Grünen Vertreter:innen in den Jugendhilfeausschüssen im Kreis bewährt sich. Das bestätigen Sandra Dömer, Vorsitzende des Kreisjugendhilfeausschusses, der für 20 Kommunen ohne eigenes Jugendamt zuständig ist, und Lore Hausschild, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses der Stadt Greven. Gemeinsam mit Elke Schuchtmann-Fehmer haben sie kurz nach dem Start der Legislaturperiode damit begonnen, sich als Vertreter:innen in diesen Ausschüssen kreisweit zu vernetzen. „Wir merken, dass wir von einem guten Austausch untereinander alle profitieren und Synergieeffekte für eine starke, flächendeckend grüne Politik für Kinder, Jugendliche und Familien im Kreis Steinfurt nutzen können“, erklärt Sandra Dömer. Dabei beschäftigen sie sich nicht nur mit den aktuellen jugendrelevanten Themen vor Ort, sondern diskutieren auch inhaltliche Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe und ihre Auswirkungen auf den Kreis Steinfurt.



Die Kreistagsfraktion B90/Die Grünen fordert angesichts der jüngsten Wolfssichtungen im Grenzgebiet Emsdetten/Nordwalde ein intelligentes Wolfsmanagement für den Kreis. Symbolfoto

IST DER KREIS REIF FÜR DEN WOLF?

INTELLIGENTES WOLFSMANAGEMENT GEFORDERT

In die Freude über die Rückkehr der Wölfe mischt sich die Sorge der Weidetierhalter:innen um ihre Tierbestände. Zusätzlich droht eine hoch emotionale Diskussion unter anderem in den sozialen Netzwerken zunehmend die Kooperation mit allen relevanten Akteuren zu erschweren. Die Kreistagsfraktion B90/Die Grünen fordert angesichts der jüngsten Wolfssichtungen im Grenzgebiet Emsdetten/Nordwalde Landrat Dr. Martin Sommer auf, ein intelligentes Wolfsmanagement auf den Weg zu bringen. Mit ihrer Anfrage wollen die Grünen jetzt die Debatte versachlichen. Das Thema Wölfe verdient eine offene und konstruktive Diskussion, die weniger Ängste schürt und dafür mehr unabhängigen Sachverstand Raum gibt.

Sind die Sichtungen aus Januar dieses Jahres vom Landesumweltamt bestätigt? Wie viele Tiere befinden sich zurzeit auf Kreisgebiet? Wie viele Tiere haben im Kreis ihr Revier gefunden, wie viele einzelne Individuen, wie viele Rudel? Außerdem möchte die Kreistagsfraktion B90/Die Grünen geklärt wissen, ob es bereits Wolfsmanager:innen im Kreis gibt und mit welchem Schulungshintergrund sie in wessen Auftrag tätig sind.

“

DAS THEMA VERDIENT EINE OFFENE UND KONSTRUKTIVE DISKUSSION

Manche Menschen haben Angst vor dem Wolf, andere wollen ihre Hunde mit dem Wolf spielen lassen oder füttern die Wolfswelpen. In diesem Zusammenhang möchten die Grünen wissen, ob bei der Kreisverwaltung bereits Ansätze entwickelt worden sind, die Bürger:innen zum Thema „Wolf“ zu sensibilisieren und aufzuklären.

DEMOKRATIE EXTRA

ERFOLGREICHER ANTRAG DER GRÜNEN ZUM HAUSHALT 2019

Dass Demokratie kein Selbstläufer ist, erleben wir gegenwärtig auf vielen Ebenen. Sich aktiv für Demokratie, Toleranz, Vielfalt, Freiheit, Frieden und den Zusammenhalt aller hier lebenden Menschen einzusetzen, bedarf auch im Kreis Steinfurt der Anleitung und Koordination. Wenn der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes, Burkhard Freier, in diesem Zusammenhang das Handlungskonzept EXTRA des Kreises Steinfurt lobt, freut uns das sehr.

Bereits im Dezember 2018 hat die KREISTAGSFRAKTION B90/DIE GRÜNEN die Bereitstellung von 10.000 Euro zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes „Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus im Kreis Steinfurt“ gefordert. Ziel unseres Änderungsantrags zum Haushalt 2019 war, die strukturierte Erfassung von rechtsextremen, antisemitischen oder rassistischen Strukturen im Kreis Steinfurt sowie die Entwicklung von geeigneten

Gegenmaßnahmen und Angeboten, um Toleranz und Miteinander im Kreis Steinfurt zu fördern. „Ich befürworte den phänomenübergreifenden und präventiven Ansatz des Handlungskonzeptes, der auf eine Stärkung der Demokratie zielt“, sagte Freier laut Pressemitteilung des Kreises Steinfurt im Januar 2022 bei der öffentlichen Vorstellung des Handlungskonzeptes EXTRA (Extremismus, Rassismus und Antisemitismus). Er bot dabei an, das Konzept anderen Kommunen in NRW zur Verfügung zu stellen. Mit der Information über die aktuelle Extremismus-Lage in Nordrhein-Westfalen und im Kreis Steinfurt stellte er Möglichkeiten der Prävention vor. Prof. Dr. Zick, Gewalt- und Konfliktforscher der Universität Bielefeld, erläuterte eine Mitte-Studie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vor. In diesem Zusammenhang machte er deutlich: „Die Mitte der Gesellschaft ist besonders gefordert, damit Demokratien wehrhaft bleiben und Extremismen abgewehrt werden.“ Dem stimmen wir mit rund 90 Teilnehmenden aus Politik, Kommunalverwaltungen und Projektbeteiligten zu.



“
DIE MITTE DER
GESELLSCHAFT IST
BESONDERS GEFORDERT,
DAMIT DEMOKRATIEN
WEHRHAFT BLEIBEN
PROF. DR. ANDREAS ZICK, GEWALT- UND
KONFLIKTFORSCHER DER UNIVERSITÄT BIELEFELD,

WARTEN AUF DIE STUDIE

KEIN "WEITER-SO" FÜR FMO

Der Horizont bleibt für den FMO vernebelt, solange das „Weiter so“ bei den Verantwortungsträgern den Maßstab des Handelns bestimmt.

Die Corona-Pandemie ist nicht Treiber sondern Seehilfe mit Blick auf die Dauerkrise des chronisch unterfinanzierten Airports. Sie hat die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte offenbart. Nur eine Konversion des FMO kann aus Sicht der KREISTAGSFRAKTION den Horizont für die Zukunft öffnen.

Die dauerhafte Subventionierung des FMO aus kommunalen Mitteln in Millionenhöhe ist möglichst schnell zu beenden, um gute und zukunftsfeste Jobs für die Beschäftigten des FMO zu sichern.

Die Subventionierung von Regionalflughäfen - wie dem Flughafen FMO sorgt für Überkapazitäten und führt zu einem Unterbietungswettbewerb der Flughafenbetreiber bei den Flughafen- und Passagierentgelten für die Airlines. Die Regionalflughäfen sind so Teil des Problems Billigfliegerei. Die Fraktionen von B9/Die Grünen, SPD und Volt im Rat der Stadt Münster erteilen den

Denkverboten hinsichtlich der FMO-Zukunft eine klare Absage. Der Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) soll gemäß des gemeinsamen Antrags vom Januar 2021 „auf Basis einer unabhängigen wissenschaftlichen Studie mit verschiedenen Szenarien mit und ohne Flugverkehr und entsprechenden Handlungsoptionen entwickelt werden“. Ergebnisse „zur Zukunft des FMO als Regionalflughafen in Zeiten des Klimawandels“ sollten bis Ende 2021 vorliegen. Viele gute Argumente für eine nachhaltige Mobilitätsstrategie liegen bereits auf dem Tisch.

